



JUGEND

FORDERUNGEN DER WWF JUGEND DEUTSCHLAND



HANDS **OFF**
NATURE

NATURSCHUTZGESETZE SCHÜTZEN UNS ALLE!

Naturkatastrophen haben allein 2022 wirtschaftliche Verluste in Höhe von 52,3 Milliarden Euro verursacht und Gesundheitskosten aufgrund der Nichtumsetzung von Umweltgesetzen in Höhe von 180 Milliarden Euro pro Jahr. Wir wissen um die unverzichtbare Lebensgrundlage einer intakten Natur, ohne die unsere Zukunft aussichtslos wäre.

Wir appellieren an die europäischen Abgeordneten, die EU-Kommission und die Bundesregierung, dass die EU sich an die ambitionierten Ziele des Green Deal, der EU-Biodiversitätsstrategie und die UN-Umwelt- und Klimaabkommen (bspw. CBD und UNFCCC) hält, um unsere Natur für die jungen und zukünftigen Generationen zu bewahren.

Zentrale Naturschutzgesetze dürfen unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus weder abgeschafft, noch durchlöchert, konterkariert oder anderweitig geschwächt werden.

Wir erkennen die geo- und sicherheitspolitische Notwendigkeit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit an. Im Übrigen sehen auch wir grundsätzlich Verbesserungspotential hinsichtlich Verwaltungsverfahren, Digitalisierung und der effektiven Umsetzung von Naturschutzgesetzen. Wir stellen uns jedoch Rückschritt und Inkonsistenz im Naturschutz sowie dem Schlingerkurs bei der Verfolgung bereits beschlossener Ziele und Gesetze entschieden entgegen. **Wirtschaft braucht eine langfristig funktionierende Umwelt.**

Daher fordern wir als WWF Jugend Deutschland, ...

- 1. ... dass das Nature Restoration Law und die Birds and Habitats Directives konsequent umgesetzt werden, um die Ziele der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) und der EU-Biodiversitätsstrategie zu erreichen.** Intakte Ökosysteme sind unser Schutzschirm gegen Naturkatastrophen und erfüllen überlebenswichtige Ökosystemleistungen wie sauberes Trinkwasser oder gesunde Böden. Deshalb ist es unerlässlich, degradierte Natur wiederherzustellen. Ohne konkrete Schutzmaßnahmen, wie sie durch die Birds and Habitats Directives oder die Water Framework Directive zusammen mit dem Nature Restoration Law erforderlich werden, ist das Ziel, bis 2030 20 % der geschädigten Land- und Meeresflächen zu renaturieren, nicht zu erreichen. Die Birds and Habitats Directives wurden 2016 im Fitness-Check als unerlässlich bewertet. Die Dringlichkeit ist seitdem gestiegen und trotzdem widersprechen die geplanten Vereinfachungen den Biodiversitätszielen. Die hohen Kosten unzureichender politischer Tätigkeit werden dabei nicht mitgedacht.

- 2. ... dass europäische Gewässer mit mehr Vehemenz vor Verschmutzung, beispielsweise durch PFAS-Chemikalien, bewahrt werden.** Laut der Water Framework Directive (WFD) soll bis 2027 ein guter Wasserstatus erreicht werden, von dem wir aktuell noch weit entfernt sind. Danach gelten strengere Vorgaben, wie das Polluter-Pays-Prinzip und die Integration des Wasserschutzes in allen Sektoren, z. B. auch der Agrar- und Energiewirtschaft. Das Gesetz bereits vor 2027 abzuschwächen, widerspricht der 2025 beschlossenen Wasserresilienzstrategie und schadet Industrien, die langfristig auf sauberes Wasser angewiesen sind, z. B. die Chemieindustrie. In diesem Zusammenhang ist es außerdem unerlässlich, die fortschrittlichen REACH-Standards (Regulation on the Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) zu erhalten, um Transparenz zu gewährleisten.
- 3. ... dass die Deforestation Regulation (EUDR) planmäßig Ende 2026 in Kraft tritt und in den Mitgliedstaaten durchgesetzt wird.** Die weltweite Entwaldung, zum Beispiel des Amazonas-Regenwaldes, muss aufgehalten werden. Daher darf die EUDR nicht länger verschoben oder weiter angesägt werden.
- 4. ... dass die aktuell wissenschaftlich mangelhafte und bürokratische Zulassung von Pestiziden nicht abgeschwächt, sondern transparenter und wissenschaftlicher wird (Pesticide Regulation, PR).** Bisher wurde der Aspekt des Schutzes der Biodiversität im Zulassungsverfahren nicht mitgedacht, indem ganze Organismengruppen ausgelassen oder die einzelnen Wirkstoffe nur getrennt voneinander betrachtet wurden. Die regelmäßige Neubeurteilung einmal zugelassener Pestizide sollte auf keinen Fall aufgegeben oder abgeschwächt werden, da sie sich in der Praxis bewährt hat. Nur in wiederholten Zulassungsverfahren können neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Tragen kommen, sodass Zulassungen nicht auf einem beispielsweise 20 Jahre veralteten Stand von Wissenschaft und Technik eingefroren werden. Des Weiteren sollten die Zulassungsstudien veröffentlicht werden, um unabhängige Untersuchungen zu ermöglichen.
- 5. ... dass die novellierte Industrial Emissions Directive (IED) von 2024 nicht wieder abgeschwächt werden darf.** Die umweltschädlichsten Industrieanlagen sollten immer die beste verfügbare Technik nutzen, um die niedrigstmöglichen Emissionsgrenzwerte einhalten zu können. Auch das Umweltmanagementsystem und die Pflicht der Anlagenbetreiber, bis 2030 Transformationspläne aufzustellen, sollten im Sinne vorausschauender Planung vollumfänglich erhalten bleiben.

6. ... dass Umweltprüfungen durch die Regulation on speeding-up environmental assessments nicht wirkungslos werden dürfen. Das Naturschutzrecht darf nicht im Zuge von Verfahrensbeschleunigung durch die Hintertür umgangen werden. Dieses Risiko besteht, wenn Umweltprüfungen gestrichen oder zusammengefasst werden sollen. Das Gleiche gilt, wenn Bauprojekten aufgrund eines fingierten “überwiegenden öffentlichen Interesses” pauschal Vorrang vor der Natur eingeräumt wird, wenn Fristen unverhältnismäßig verkürzt werden, wenn von einer „Genehmigungsfiktion“ bei Behördenengpässen ausgegangen oder die gerichtliche Überprüfbarkeit im Wege materieller Präklusion beschnitten wird. Außerdem muss die Öffentlichkeitsbeteiligung gewährleistet bleiben, um die Orts- und Sachnähe der Bürgerinnen und Bürger in die Planung einzubeziehen, Akzeptanz zu gewinnen und Verspätungen vorzubeugen.

Berlin, 1. September 2026

Elia Sket und Felicia Engel

WWF Jugend-Sprecherinnen

WWF Germany
Reinhardtstrasse 18 | 10117 Berlin
jugend@wwf.de | [wwf.de](https://www.wwf.de)